

Ölunfall am Wörthsee: Streit zwischen Naturschützern und Behörden eskaliert

Nach dem Öl-Unfall am Wörthsee übt Günter Schorn, Vorsitzender der Bund-Naturschutz-Kreisgruppe Starnberg, scharfe Kritik an den Behörden. Das Landratsamt weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Ein Ölunfall am Wörthsee hat in den letzten Wochen für viel Aufregung gesorgt, vor allem aufgrund der heftigen Kritik von Günter Schorn, dem Vorsitzenden der Bund-Naturschutz-Kreisgruppe Starnberg. Der Vorfall ereignete sich am 23. Juli in Steinebach, als bei Reinigungsarbeiten auf dem Bauhof der Gemeinde ölhaltiges Abwasser in den Auinger Bach und schließlich in den Wörthsee gelangte. Schorn äußerte in einem offenen Brief, die Behörden hätten das „Umweltdesaster verharmlost und vertuscht“. Damit stieß er auf Widerstand seitens des Landratsamts, das die Vorwürfe zurückwies.

Nach dem Vorfall wurde umgehend die Feuerwehr alarmiert, die Ölsperren anbrachte, um die Ausbreitung des Öls im Wasser zu verhindern. Trotz dieser Maßnahmen gab es von der Initiative für Artenvielfalt in Wörthsee Bedenken hinsichtlich der Vorgehensweise der zuständigen Behörden. Schorn kritisierte unter anderem, dass keine externen Sachverständigen hinzuzogen wurden, um die Lage zu bewerten.

Reaktion der Behörden

Das Landratsamt stellte klar, dass mehrere Fachleute des Wasserwirtschaftsamts und des Gesundheitsamts vor Ort waren, um die Situation zu evaluieren. Die Behörde erklärte, dass die

genaue Menge des ölhaltigen Abwassers nicht bestimmt werden könne, jedoch handle es sich maximal um 40 Liter eines nicht als Altöl eingestuften ölhaltigen Abwassers. Man betonte, dass die Maßnahmen, die getroffen wurden, korrekt und notwendig waren, um die Umwelt zu schützen.

Ebenso wurde dem Vorwurf begegnet, dass bei der Reinigung des Uferbereichs übermäßig mit Hochdruck gearbeitet worden sei. Die Behörde klärte auf, dass ein konventionelles Sprühgerät verwendet worden sei, nicht mit Hochdruck, sondern mit leichtem Wasserdruck. Maßnahmen zur Bekämpfung der Ölverschmutzung wurden regelmäßig von amtlichen Sachverständigen überprüft.

In weiteren Antworten stellte die stellvertretende Pressesprecherin des Landratsamtes, Barbara Beck, fest, dass auf der Gewässersohle kein Ölschlamm sitze. Öl sei nur in sehr geringer Menge an der Oberfläche vorhanden gewesen und sei durch die Ölsperren aufgefangen worden. Beck unterstrich, dass das Absaugen der Gewässer nicht sinnvoll gewesen wäre und potenziell größeren Schaden verursacht hätte.

Am 28. August nahm eine weitere Inspektion des Gebiets statt, bei der Schöpfproben entnommen wurden. Laut Beck ergaben die Tests, dass keine gefährlichen Verunreinigungen für die aquatische Umwelt oder die menschliche Gesundheit vorlagen. Es seien keine Ölschlieren und auch kein Ölgeruch festgestellt worden. Der Badebetrieb am Wörthsee blieb unverändert, die Wasserqualität wurde von den Badegästen ebenfalls als unbedenklich empfunden.

Das Landratsamt betonte zudem, dass die Kosten für die Maßnahmen zur Sanierung und Vermeidung des Ölschadens dem Verursacher zugeordnet werden. Dies impliziert, dass die verantwortlichen Parteien zur Rechenschaft gezogen werden, um sicherzustellen, dass solche Vorfälle nicht wiederholt werden. Der Konflikt zwischen den Umweltschützern und den Behörden zeigt oft, wie entscheidend die Kommunikation und

Koordination in Krisensituationen ist, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten.

Insgesamt verdeutlichen die Geschehnisse am Wörthsee die Notwendigkeit für umfassende Aufklärung und transparente Umgangsformen in Umweltschutzfragen. Die Reaktion der Behörden auf Schorns Anschuldigungen unterstreicht die Herausforderung, mit der sich Verantwortliche konfrontiert sehen, wenn es um die Wahrnehmung und das Management von Umweltfragen durch die Öffentlichkeit geht.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)